

„Die rote Linie ist mehr als überschritten“

Betrifft: NWZ-Artikel „Wieder Demo gegen Hähnchenschlachtere“ vom 14. Mai

Was hier in Ahlhorn ange-dacht ist, zeigt einmal mehr: übertriebene Profitsucht will einfach nicht lernen. Ein kurzer Rückblick in die 80er.

Eine Bekannte nahm täglich für ihren Säugling Leitungswasser mit nach Kleinkneten. Ihre Erklärung: Ihr Hausbrunnen auf dem Lande sei nitratbelastet. (...) Sehr schnell reagierte der OOWV. Die Hausbrunnen im gesamten OOWV-Gebiet wurden auf Nitrate untersucht. Durchwegs das Ergebnis einer zu hohen Nitratbelastung!

In den ländlichen Gebieten durfte künftig kein Wasser mehr für Speisen und Getränke den Haus-Brunnen entnommen werden. Es erfolgte

ein strikter Anschlusszwang an das Netz des OOWV. (...)

Wir wollten auf den Irrsinn verweisen, dass durch die Massentierhaltung unverantwortlich hoch das Grundwasser irreparabel gefährdet ist. (...) Allein der geplante Megaschlachthof in Ahlhorn mit

LESERBRIEFE stellen die Meinung des Einsenders dar. Sie sollten 60 Druckzeilen à 30 Anschläge nicht überschreiten. Bei der Vielzahl von Zuschriften können nicht alle berücksichtigt werden. Außerdem behalten wir uns das Recht auf Kürzung vor. Wir akzeptieren die von den Autoren gewählte Rechtschreibung. Leserbriefe per E-mail erreichen die Redaktion unter: ol-leserforum@nordwest-zeitung.de. Zusätzlich müssen voller Name und Adresse aufgeführt sein.

einer täglichen (...) Kapazität von circa 220 000 Tieren (Ge-flügel) ist eine unerträgliche Zumutung. Kein Gemeinderat dieses Landes hat u. E. das Recht, dergleichen in irgend-einer Region durchzuboxen.

Wenn der Landrat des Landkreises Oldenburg in Personalunion Verbandsvorsteher des OOWV ist, wird es dann je eine Umkehr weg von der Trinkwassergefährdung geben können?

Hoffentlich bleibt MUT mutig am Ball. Was der ge-

plante Schlachthof mit all seinen Nebenwirkungen bedeutet, (...) das wissen auch alle Verantwortlichen. Die rote Linie ist mehr als überschritten. Eine knappe Ratsmehrheit wäre sehr gut beraten, der

Problematik ehrlich und verantwortungsbewusst ins Auge zu sehen (...).

Leo Kurth
Wildeshausen



Betrifft: NWZ-Artikel „Gemeinde hat Pulver verschossen“ vom 14. Mai

Es ist richtig, dass die Gemeinde ihre rechtlichen Möglichkeiten zur Verhinderung mit ihrem Einvernehmen verschossen hat. Aber die politische Aussage, dass der Rat heute sein Einvernehmen nicht mehr erteilen würde ist immer noch möglich.

In der Ausschusssitzung wurde deutlich, dass es heute eine Mehrheit gegen die Schießanlage geben würde.

Nun sollten alle Parteien

im Rat auch Taten folgen lassen. Gemeinsam könnte es eine politische Erklärung des Rats geben, dass die Gemeinde nicht mehr mit der Schießanlage einverstanden ist.

Auch könnte ein eigenes Lärmgutachten bestellt werden, mit dem die Immissionswerte auf Grund der neuen Gegebenheiten, ermittelt werden sollte. Neu ist z.B. das mit wesentlich lauterem Stahlschrot geschossen werden muss, oder das bei einer Wohnbebauung des STOV Gelände das Wohngebiet näher an die Schießanlage rückt.

Die Ansage des Bürgermeister Thorsten Schmidtke. „Ich kann sie nur aufmuntern, einen solchen Antrag zu stellen“, sollte für alle Ratsmitglieder ein Signal sein.

Horst Hilsemer
Ahlhorn